

**Leitantrag für den Schleswig-Holstein-Rat am 8. April 2018 in Brokstedt**

**Für Chancengleichheit, Partizipation und zufriedene Kinder in der Schule**

Die Soziale Marktwirtschaft ist eine der größten Errungenschaften der letzten 70 Jahre und hat maßgeblich zum Wohlstand in der Bundesrepublik Deutschland beigetragen. Es wurde damit ein wichtiges Ziel verfolgt – die Armut zu bekämpfen. Mit dem Wirtschaftswunder in den 1950er Jahren erfolgte eine große Zäsur in der bundesdeutschen Geschichte der Armut. Existenzgefährdende Not und Hunger wurden größtenteils abgeschafft. Eine eigene Wohnung, ausreichend Nahrungsmittel und Bildung sowie Partizipation an einem der besten Gesundheitssysteme der Welt, stehen seither jedem zur Verfügung. Seit Jahren versuchen Populisten von links und rechts dieses Werk zu verunglimpfen und es als unmenschlich und gescheitert darzustellen, dies ist nicht so. Die Junge Union Schleswig-Holstein ist stolz auf diese Errungenschaft der Sozialen Marktwirtschaft.  
Dennoch gibt es auch im 21. Jahrhundert Armut in Deutschland, auch wenn sich diese auf einem anderen Niveau niederschlägt als noch vor 100 Jahren. In besonderem Maße von ihr betroffen sind die schwächsten der Gesellschaft – Kinder. Kein Kind kann etwas für die Verhältnisse, in die es hineingeboren wird. Es ist die Aufgabe von uns allen, als Gesellschaft, jedem Kinde möglichst gleiche Voraussetzungen mit auf den Weg ins Leben zu geben, wovon am Ende alle und somit auch die Gesellschaft selbst profitiert.  
Die Messung von Kinderarmut als relative Einkommensarmut nimmt zumeist Bezug auf eine Definition der Europäischen Union, nach der Haushalte als arm gelten, deren Einkommen weniger als 60 Prozent des bedarfsgewichteten mittleren Einkommens beträgt. Darunter zählen somit auch alle Kinder, welche Ihren Lebensunterhalt aus Leistungen nach dem zweiten Sozialgesetzbuch(SGB II) bestreiten. Außerdem werden Kinder, die in Haushalten leben, welche nah an dieser Grenze liegen als „von Armut bedroht“ bezeichnet. Demnach sind in Deutschland etwa 2,7 mio. Kinder von Armut bedroht. Laut einer Studie der Bertelsmann Stiftung beeinträchtigt diese Einkommensarmut das Leben und die Entwicklung von Kindern.

**Ursachen für Kinderarmut**

Für Kinderarmut gibt es verschiedene Ursachen. Bei Kindern, die in Familien aufwachsen, sind Langzeitarbeitslosigkeit der Eltern und eine geringfügige Beschäftigung die häufigsten Ursachen für Kinderarmut. Der Gesetzgeber hat hierfür in den letzten Jahren Möglichkeiten geschaffen, um in diesen Konstellationen eine Unterstützung der betroffenen Familien zu gewährleisten. Die Regelsätze für Kinder und das Kindergeld allgemein sind gestiegen, Geringverdiener können einen Kinderzuschlag beantragen. In den meisten Gemeinden sind die KiTa-Gebühren sozial gestaffelt, sodass auch hier für Entlastung der Eltern gesorgt wird.

Kinder von Alleinerziehenden sind in besonderem Maße von Armut gefährdet. Das liegt unter Anderem daran, dass der unterhaltspflichtige Elternteil nicht, nicht komplett oder nur unregelmäßig seinen Unterhaltsverpflichtungen nachkommt. In solchen Fällen zahlt aktuell das Jugendamt den Unterhalt als Vorschuss nun bis zum 17. Lebensjahr des Kindes und nicht mehr, wie bisher, bis zum 12. Lebensjahr. Diese Veränderung hat die letzte Bundesregierung auf den Weg gebracht, welche eine enorme Entlastung Betroffenden darstellt, da finanzieller Druck von den Alleinerziehenden genommen wird.

In den letzten Jahren sind vermehrt Menschen aus Krisengebieten nach Deutschland geflüchtet. Diesen stehen mit Stellung des Asylantrages Leistungen zu, welche zur Sicherung des Lebensunterhaltes in Deutschland dienen. Mit Anerkennung ihres Antrages, geraten diese fast immer in das SGB-II System. Folglich fallen zum größten Teil auch deren Kinder in die Kategorie der Kinderarmut. So schreibt das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut der Hans-Böckler-Stiftung in einer Studie zu Kinderarmut: „Ein wachsender Anteil der in Deutschland lebenden Kinder ist auf das SGB II-System angewiesen. Die Ursache für diesen Anstieg ist in der jüngsten Einwanderungswelle zu finden. Die Zahl der deutschen Kinder, die von Hartz IV leben müssen, nimmt hingegen seit etwa zwei Jahren ab.“

**Partizipation und Chancengleichheit fördern -Maßnahmen gegen Kinderarmut**

Seit dem 1. Januar 2011 haben Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene aus einkommensschwachen Familien einen Anspruch auf Leistungen für Bildung und Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben in der Gemeinschaft. Bei Mitgliedsbeiträgen für den Sportverein, für die Musikschule, Nachhilfe oder Kosten für die Klassenfahrt unterstützt der Staat auf Antrag einkommensschwache Familien. Dieses Teilhabepaket wird in einigen Kreisen sehr selten in Anspruch genommen, obwohl die Anträge unkompliziert und einfach beim Jobcenter oder Sozialamt sowie im Wohngeldamt zu erhalten sind. Zur besseren Bekanntmachung des Teilhabepakets fordert die Junge Union Schleswig-Holstein, dass punktuell auch in den Schulen über diese Form der Unterstützung informiert werden soll. So sollen auch Lehrer bei betreffenden Schülern und deren Elterndirekt auf solche Angebote aufmerksam machen. Die Sportlehrerin, die die Leidenschaft für Handball ihrer Schülerin erkennt oder der Musiklehrer, der die Liebe für Musik bei seinem Schüler entfacht, sollen sensibilisieren, damit jedem Kind ermöglicht werden kann, am sozialen und kulturellem Leben teilzunehmen. Hierfür müssen auch die Lehrer weiter sensibilisiert werden. Zudem sollte es Personen/ Familien, die nur geringfügig aus dem sozialschwachen Raster fallen, möglich sein, einen Anspruch auf BuT im Zweifel zu beantragen und prüfen zu lassen. Ferner müssen diese Teilhabepakete in Kampagnen besser medial verbreitet werden. Kreisen und Gemeinden sollen anhand von Best Practice Beispielen motiviert werden um die Ansprüche aus dem Teilhabepaket besser zugänglich zu machen. Ein besserer Austausch zwischen den Kreisen sowie ein transparentes Berichtswesen sollten daher verpflichtend sein.

Um von Armut betroffene Familien gleich zu Beginn einer Elternschaft zu den entsprechenden Stellen zu vermitteln, gibt es Familienhebammen und Familienhelfer. Die Familienhebammen unterstützen die Familien von der Geburt an und können Müttern länger als die “normale“ Hebamme Hilfestellung geben. Derzeit gibt es noch zu wenige Familienhebammen, um die flächendeckende Unterstützung für jede Familie, die diese Leistung in Anspruch nehmen könnte, zu geben. Aus diesem Grund fordert die Junge Union Schleswig-Holstein, dass Hebammen, die die Zusatzqualifikation „Familienhebamme“ erlernen möchten, dabei unterstützt werden. Ferner gibt es Familienhelfer, die in die betroffenen Familien gehen und dort zur Selbsthilfe anleiten. Dies sind immer Sozialpädagogen, doch nur wenige Sozialpädagogen wollen Familienhelfer werden, weil sie viele weitere berufliche Möglichkeiten haben. Hinzu kommt, dass es generell zu wenige Sozialpädagogen gibt. Daher fordert die Junge Union Schleswig-Holstein, dass Erzieher eine bezahlte Weiterbildung zum Familienhelfer machen können. Da Erzieher eine drei- bis fünfjährige Fachausbildung haben und somit Fachleute im Bereich der Erziehung sind sowie viele Berührungspunkte zu unterschiedlichsten Familienkonstellationen und –hintergründen haben, wären sie mit einer passenden Weiterbildung ebenfalls gut qualifiziert, um in Familien die Unterstützung benötigen zu gehen und dort Hilfe zur Selbsthilfe zu leisten.

Gerade für die bessere geistige und soziale Entwicklung haben Kinder aus finanziell schwächer gestellten Familien, ein Vorrecht auf einen KiTa-Platz, damit sie dort angemessen gefördert werden können, aber auch die Eltern die Möglichkeit haben, zu arbeiten oder sich aus- bzw. weiterbilden zu lassen. Es gibt jedoch nicht ausreichend Erzieher und somit zu große Kindergartengruppen bzw. auch zu wenig KiTa-Plätze. Das liegt auch daran, dass der Beruf des Erziehers nicht attraktiv genug ist. So müssen Auszubildende für die Ausbildung Schulgeld zahlen und das bis zu fünf Jahre lang. Aus diesem Grund fordert die Junge Union Schleswig-Holstein, die Abschaffung des Schulgelds und die Umwandlung der schulischen Ausbildung zu einer dualen Ausbildung. Zur Steigerung der Attraktivität der Erzieherausbildung, ist eine Vergütung der Blockpraktika ein wichtiger, wichtiger Schritt. Dies soll zur mehr Wertschätzung des Berufsbildes des Erziehers in der Gesellschaft führen und zur höheren Attraktivität des Berufes führen, so dass mehr Personen diesen Beruf erlernen wollen. Gefahr bei den KiTa`s ist, dass jeder Träger selbst entscheidet, was und in welchem Rahmen Wissen den Kindern vermittelt wird. Während bei der einen KiTa mehr das gemeinschaftliche Spielen im Vordergrund steht, ist es bei einer anderen KiTa eher die frühkindliche Bildung. Dies gibt den Kindern auch jeweils andere Voraussetzungen für die Grundschule und den weiteren Bildungsweg. Deswegen fordert die Junge Union Schleswig-Holstein, dass ein einheitliches frühkindliches Grundkonzept für Bildung, das Mindeststandards für die Entwicklung von Kindern als Richtlinien festhält und Entwicklung für den Bereich der KiTa erstellt wird. Dieses soll dann verpflichtend für alle KiTa`s und Vorschulen im Land sein und der sozialgeistigen Armut entgegenwirken, um dieses Konzept umzusetzen, müssen Erzieher durch Aus- und Weiterbildung darauf vorbereitet werden. Diese könnte auch dadurch gesteigert werden, dass angehende Erzieher in der gesamten Ausbildungszeit vom Aufstiegs-Bafög profitieren.

Auch wenn der Besuch einer Kita viele Vorteile mit sich bringt, lehnt in diesem Zusammenhang die Junge Union Schleswig-Holstein einen verpflichtenden Kita-Besuch für alle Kinder ab und setzt sich für die grundgesetzlich verbriefte selbstbestimmte Erziehung durch die Eltern ein.

Im Bereich der Freizeitgestaltung und der sozialgeistigen Entwicklung hat das Deutsche Kinderhilfswerk und seine Partner vor Ort verschiedene Programme und Projekte. Diese unterstützen die Kinder und geben ihnen mehr Lebensqualität. Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert eine Unterstützung vom Land für solche kommunalen Netzwerke gegen Kinderarmut.

Ein weiteres ehrenamtliches Projekt sind Generationsübergreifenden Patenschaften . Dort werden Senioren, die Interesse und Zeit haben, ihre Lebenserfahrung an Kinder weiterzugeben, und Eltern, die keine Großeltern für ihre Kinder haben, zusammengeführt. Die Senioren betreuen dann die Kinder für ein paar Stunden in der Woche und machen mit ihnen Hausaufgaben, kochen etwas zusammen oder besuchen Spielplätze und Parks. Hier gilt es eine neue Form des Generationenvertrages zu unterstützen. Daher fordert die Junge Union Schleswig-Holstein, dass dieses Projekt vom Land gefördert wird, etwa im Rahmen einer Aufwandsentschädigung für registrierte Generationsübergreifenden Patenschaften . Ein ähnliches ehrenamtliches Projekt gibt es in Berlin. „Die Stadtteilmütter“ sind gut integrierte Frauen mit Migrationshintergrund, die Kontakt zu Familien mit ähnlichem Migrationshintergrund aufnehmen, die schlecht integriert sind und ihnen Hilfe geben bei Behördengängen und einem besseren Sprachverständnis. Dies hilft auch den Kindern, weil die Eltern schneller eine Arbeitsstelle bekommen gelangen und integriert werden. Deshalb fordert die Junge Union Schleswig-Holstein, dass das Projekt „Stadtteilmütter“ auch in den sozialschwachen Stadtteilen in Schleswig-Holstein eingeführt und unterstützt wird.

**Kampagne für das Vorlesen**

Jeder Vater und jede Mutter haben es zu einem großen Teil selbst in der Hand wie sich ihr Kind sozialgeistig entwickelt. Neuste Studien zeigen auf, dass das regelmäßige Vorlesen, schon im Kleinkindalter, zu besseren Voraussetzungen in der Schule führt. Vorlesen ist einkommensunabhängig möglich. So sollte eine Kampagne für das Vorlesen entwickelt werden, da beim Vorlesen das Sprachverständnis gestärkt und den Kindern Leselust vermittelt wird. Auch lernen Kinder gut durch Vorbilder und Gleichaltrige. In diesem Fall wäre die Einführung eines Mentoringsprogramms sinnvoll. So würden ältere Schüler in Stunden des freien Lernens und/oder im Rahmen der Ganztagsschulen als eine Art Hausaufgabenbetreuer agieren. Das würde die Gemeinschaft stärken und besonders die schwächeren Schüler unterstützen. Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert eine „Kampagne Vorlesen“ und ein Mentoringprogramm „Ältere Schüler als Hausaufgabenbetreuer“ in Schleswig-Holstein einzuführen.

**Kein Kind ohne Mahlzeit**

Auf der einen Seite haben wir Kinder, die unzureichenden Zugang zu täglichen gesunden Mahlzeiten haben und auf der anderen Seite Kinder, die unter Adipositas und weiteren Krankheiten aufgrund falscher Ernährung leiden kann gerade im Wachstum schwerwiegende Folgen haben. Um allen Kindern eine warme Mahlzeit am Tag zu ermöglichen, gibt es die Initiative „Kein Kind ohne Mahlzeit“, die inzwischen vom Land und Bund unterstützt wird und ab August 2018 in allen kreisfreien Städten eingeführt werden soll. Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert, dass das Projekt landesweit eingeführt wird und gesundes Schulessen subventioniert wird, damit ausgewogene Speisen auch bei monetären Engpässen den Weg auf den Teller finden.

**Mehr Geld führt nicht zu weniger Kinderarmut**

Seit Jahren steigen die Regelsätze für Leistungen nach dem SGB-II stärker als die mittleren Einkommen in Deutschland und trotzdem gibt es noch Kinderarmut. Gleichzeitig gelten Kinder heute als Armutsrisiko, da die Eltern oft nicht die volle Arbeitsleistung abrufen können, sich räumlich und finanziell einschränken müssen. Es gilt neue Wege zu gehen, um Kinderarmut nachhaltig zu bekämpfen. Eine Sozialpolitik, die in Zeiten hoher Einnahmen noch mehr Sozialleistungen vorsieht, lehnt die Junge Union Schleswig-Holstein ab. Alleinerziehende und Geringverdiener müssen, im Sinne ihrer Kinder, deutlich entlastet werden. Das Ehegattensplitting als Relikt einer Sozialpolitik, in der man davon ausging, dass Kinder fast ausschließlich in einer Ehe zwischen Mann und Frau entstehen und dort bis zum 18. Lebensjahr bleiben, gehört abgeschafft und durch eine gezielte Förderung, in den Lebenswirklichkeiten, wo Kinder sind, abgelöst. Zwar wird der Großteil der Kinder in Deutschland auch im 21. Jahrhundert noch in Ehen geboren, jedoch bedarf nicht die Ehe als Institution einer besonderen Unterstützung durch den Staat, sondern die Familien, in denen Kinder aufwachsen, egal ob traditionell, Egal, ob traditionell, oder in anderen familiären Konstellationen. Sie müssen im Mittelpunkt der Entscheidungen stehen. Deshalb fordert die Junge Union Schleswig-Holstein die Abschaffung des Ehegattensplittings und damit verbunden die Einführung eines Familiensplittings sowie die Erhöhung der Kinderfreibeträge, bei der gleichzeitigen steuerlichen Begünstigung von Ehen. Dadurch soll eine gezielte Förderung der Kinder in Deutschland gewährleistet werden, egal in welchen Konstellationen sie aufwachsen.

Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert:

* die Einführung von Best Practice Beispielen sowie ein verpflichtendes, transparentes Berichtswesen der Abrufung von Teilhabepaketen.
* das bessere Bekanntmachen des Teilhabepaktes in den Schulen durch Medien und Sensibilisierung dafür durch die Lehrer.
* die Unterstützung von Hebammen bei der Zusatzqualifikation zur Familienhebamme.
* eine Weiterbildung für Erzieher zum Familienhelfer.
* die Abschaffung des Schulgelds für Erzieher/innen im Zusammenhang mit der Umstellung auf das duale System und eine Vergütung für die Blockpraktika.
* das Erstellen und flächendeckende Einführen eines frühkindlichen Bildungs- und Vorschulkonzeptes
* eine grundsätzliche Beibehaltung der selbstbestimmten Erziehung der Eltern
* die Unterstützung bei der Schaffung von kommunalen Netzwerken gegen Kinderarmut
* das Projekt „Stadtteilmütter“ in Schleswig-Holstein einzuführen und durch das Land zu unterstützen.
* eine Kampagne zum Vorlesen und ein Mentoringprogramm „Ältere Schüler als Hausaufgabenbetreuer“ einzuführen. bzw. zu entwickeln. Sowie Aufstiegs-Bafög für die gesamte Ausbildungszeit
* das Projekt „Kein Kind ohne Mahlzeit“ flächendeckend einzuführen und bis das geschieht, die Schulmensen dazu aufzufordern gesundes Essen genauso günstig wie ungesundes Essen anzubieten
* die Abschaffung des Ehegattensplittings und eine Einführung eines Familiensplittings und die Erhöhung der Kinderfreibeträge, angepasst an die Situation, wo sich Kinder in der Gesellschaft befinden“ und setze „bei gleichzeitiger steuerlicher Begünstigung von Ehen